

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

## **Kurskorrektur jetzt! Mit Tempo und Entschlossenheit zu mehr Wachstum und Beschäftigung**

Es ist die mittelständische Wirtschaft, der Friseur um die Ecke, der Einzelhändler, aber auch der Industriebetrieb vor Ort, die unser tägliches Leben prägen und Arbeit schaffen. Die Corona-Pandemie hat vieles auf den Kopf gestellt: Unternehmen und Beschäftigte stehen weiterhin vor einer ungewissen Zukunft. Der Staat hat mit Konjunkturpaketen versucht, die Wirtschaft zu stabilisieren. Rettungsschirme wurden aufgespannt, aber wir wissen alle, dass staatliche Unterstützung nicht unbegrenzt verfügbar ist. Und vor allem: staatliche Unterstützung ist bürokratisch, langsam und nicht zielgerichtet. Außerdem wird immer deutlicher, die Bundesregierung will den Zustand der Krise und die Ausweitung der staatlichen Eingriffe nicht abbauen, sondern vertiefen. Wir fordern jetzt marktwirtschaftliche Entscheidungen der Bundesregierung, anstatt diese ins nächste Jahr zu schieben.

Einzelne, vorrangig große Unternehmen werden durch den Staatsfonds WSF gerettet, während der Mittelstand mit unpassenden Pauschalbeträgen bedacht wird. Der Weg zu immer mehr **Nothilfen und Rettungsschirmen**, lässt sich nicht aufrechterhalten. Warum? Weil es ineffizient ist und dem eigentlichen Ziel, ein selbsttragendes Wirtschaftswachstum zu erreichen, nicht dient. Der Staat ist eben nicht in der Lage, nachhaltiges Wirtschaftswachstum auf Knopfdruck und mit Steuergeld anzuordnen. Vielmehr reduzieren staatliche Eingriffe die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Betriebe wie auch von Gründerinnen und Gründern. Außerdem wächst die Marktmacht einzelner Unternehmen, was zu weniger Innovation und höheren Preisen für die Konsumenten führt. Die Deutsche Bahn ist das beste Beispiel für ein staatlich geschütztes und finanziertes Unternehmen. Der Entzug von Wettbewerb führt immer zu schlechteren Dienstleistungen und zu Wohlstandsverlusten, die wir uns nicht mehr leisten können. Deshalb wollen wir einen klaren **Ausstiegplan bei staatlichen Beteiligungen**.

Damit aus der Corona-Krise keine langfristige Strukturkrise wird, brauchen wir nicht noch mehr staatliche Feinsteuerung, sondern eine **Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft** in Deutschland. Wir brauchen Vorfahrt für Wachstum und Beschäftigung. Nur so wird es uns gelingen, den großen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu begegnen. Vom Klimaschutz über den sozialen Ausgleich bis hin zur Alterung der Gesellschaft und den damit steigenden Kosten für Gesundheit, Pflege und Rente. Das wird nur mit

den konstituierenden Prinzipien der Marktwirtschaft funktionieren. Privateigentum, offene Märkte, Vertragsfreiheit und Preissysteme, die frei sind und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage wieder ermöglichen und nicht einschränken wie der staatliche festgelegte Mindestlohn, der Mietendeckel oder wettbewerbsverzerrende Subventionen.

Wir wollen eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft, weil die Gesellschaft auf **Wachstum und Innovation** angewiesen ist. Denn der Verteilungsspielraum, der in einer sozialen Marktwirtschaft notwendig ist, ergibt sich nur aus Wirtschaftswachstum. Der Populismus und die Verteilungskonflikte der letzten Jahre sind auch ein Ausdruck des geringen Wirtschaftswachstums und der stagnierenden Produktivität in den Industrieländern der Welt. Auf geringes Wirtschaftswachstum und stagnierende Produktivität mit massiver Verschuldung zu reagieren, wäre eine einfache und gefährliche Antwort der Politik, die die Probleme nur in die Zukunft verlagert und zu einem Vertrauensverlust und Populismus führt. Wir Freie Demokraten wollen endlich wieder zu einem realen Wirtschaftswachstum von über zwei Prozent pro Jahr zurückkehren und dafür die richtigen Weichenstellungen vornehmen.

Deutschland hat schon mehrmals bewiesen, dass es stark ist und an seinen Aufgaben wachsen, ja sogar ein Wirtschaftswunder vollbringen kann. Der ökonomische Aufstieg in den Nachkriegsjahren war das Resultat einer ausgewogenen **Politik der Sozialen Marktwirtschaft**, die den Marktkräften vertraute und diesen genügend Spielraum für volle Wirtschaftskraft ließ.. Dieses starke Deutschland konnte in einem europäischen Binnenmarkt und global aufgestellt die Kosten der deutschen Einheit meistern und zum Wohlstand in Europa beitragen. Nach der Jahrtausendwende waren es die Reformen der Agenda 2010 in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die den Standort stärkten und für den längsten Aufschwung in der Geschichte sorgten.

In der aktuellen Wirtschaftskrise braucht es wieder solche Anstrengungen, um unsere angeschlagene deutsche Wirtschaft zurück auf den Wachstumspfad zu bringen. Statt auf gigantische Schulden, den Ausbau des Sozialstaats und aktive Einflussnahme auf unternehmerische Entscheidungen zu setzen, müssen wir den Unternehmergeist entfesseln und die Marktkräfte nachhaltig für das kommende Jahrzehnt stärken.

Dazu brauchen wir gerade jetzt mehr Tempo und mutige Entscheidungen für die **Zukunft des Industrie- und Innovationsstandorts Deutschland**. Gerade jetzt brauchen wir für zukunftsgerichtete Investitionen, Steuerentlastung und Forschungsförderung. Nur so stärken wir den Mittelstand in Deutschland, den die Bundesregierung bei ihren Sofort- und Überbrückungsprogrammen sträflich vernachlässigt und bürokratisch gängelt. Daneben müssen wir Rahmenbedingungen wie das Planungsrecht, die Vergabeordnungen und die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand verändern, damit zur Verfügung stehende Investitionsmittel schneller in die vorgesehenen Projekte fließen als bisher. Die

Obergrenze von 40 Prozent bei den Sozialabgaben muss für das gesamte Jahrzehnt und nicht nur für das nächste Wahljahr 2021 gelten. Nur so werden wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen positiv beeinflussen und Arbeitsplätze erhalten können, die in Pandemiezeiten wegzubrechen drohen.

Mit Erfindergeist, höheren öffentlichen wie privaten Investitionen und mehr Kapitaleinsatz werden wir die gewaltigste Wirtschaftskrise seit Bestehen unserer Republik bewältigen. Dazu bedarf es vor allem: **Mehr Tempo und mehr Mut für Experimente und Entdeckungen**. Nur dadurch machen wir Deutschland wieder zum Wirtschafts- und Industriestandort Nummer eins. Nur durch eine Kultur der Selbständigkeit, durch das Geben einer zweiten Chance und durch einen Staat, der im Notfall schützt und stützt und für faire Spielregeln im Normalfall sorgt, kommt Deutschland wieder zurück auf die Erfolgsspur.

### **Mehr Tempo in der Wirtschaftspolitik**

#### **Ehrliche Beitragsbremse als Bringschuld für Strukturreformen:**

Spätestens im kommenden Jahr wird sichtbar werden, welche tiefen Spuren die Corona-Krise in den Finanzen der Sozialversicherung hinterlässt. Die Rücklagen in der Arbeitslosenversicherung werden durch den starken Einsatz von Kurzarbeit in kurzer Zeit vollständig aufgebraucht sein. Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung hingegen leiden unter wegbrechenden Beitragseinnahmen bei gleichzeitig steigenden Leistungsausgaben. Als Brandbeschleuniger wirkt hier die unverantwortliche, allein auf Leistungsausweitungen fokussierte Politik der GroKo der vergangenen sieben Jahre. Es ist ein leeres Versprechen der GroKo bis zum Ende der Legislaturperiode die Gesamtbelastung aus Sozialversicherungsbeiträgen bei 40 Prozent zu begrenzen. Denn allein der Rentenversicherungsbeitrag soll laut Rentenversicherungsbericht bis 2030 von heute 18,6 auf dann rund 22 Prozent ansteigen. Deshalb fordern wir Freie Demokraten eine ehrliche Beitragsbremse von maximal 40 Prozent bis 2030. Um gleichzeitig auszuschließen, dass Mehrausgaben mit Hilfe von Steuerzuschüssen querfinanziert werden, fordern wir eine Reform-Bringschuld des Staates: Es zeichnet sich ab, dass die Beiträge über 40 Prozent hinaus erhöht werden müssen, deshalb muss die Bundesregierung dem Parlament Vorschläge unterbreiten, durch welche Strukturreformen die Beitragssatzerhöhung im jeweiligen Zweig der Sozialversicherung abgewendet werden könnte.

**Schutzschirmverfahren für kleine und mittlere Unternehmen**, statt staatlich angeordneter Insolvenzverschleppung. Die Aussetzung der Insolvenzpflicht war im März dieses Jahres als schnelle Reaktion richtig, darf aber keine Dauerlösung werden. Zum einen bergen sogenannte Zombie-Unternehmen ein großes wirtschaftliche Risiko für Verbraucher und andere Unternehmen. Zum anderen ist eine Marktbereinigung auch für eine schnelle Erholung aus der Krise notwendig. Die Finanzkrise hat gezeigt, je länger faule Kredite nicht abgeschrieben wurden, desto schwieriger war ein schnelle

Erholung der Volkswirtschaft. Bei einer Verschleppung der Krise steigt das Misstrauen in die Geschäftspartner in der Wirtschaft immer mehr, weil niemand beurteilen kann, wer insolvent und wer wirtschaftlich gesund ist. Ohne konstruktive Maßnahmen wird die Insolvenzwelle nur verschoben. Die sofortige Umsetzung der EU-Restrukturierungs-Richtlinie wäre deshalb der richtige Weg. Ein einfaches und kostengünstiges Sanierungsverfahren könnte gerade kleinen und mittleren Unternehmen, die im Kern noch gesund sind, einen rechtssicheren Weg der Sanierung außerhalb der Insolvenz zu eröffnen. Dies würde viele Arbeitsplätze retten. Die Bundesregierung jedoch verschläft diese Chance für eine konstruktive Lösung und verschiebt die Entscheidung ins nächste Jahr.

**Jump Start für Arbeitsplätze:** Kurzarbeit und Finanztransfers helfen derzeit gegen die Krise, reichen aber nicht aus, um Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Vor allem tragen sie nicht zur zukunftsfähigen Gestaltung von Arbeitsplätzen und zur Entstehung neuer und innovativer Jobs bei. Wenn wir dagegen die Mechanismen der Sozialen Marktwirtschaft wirken lassen und stärken, können wir die in uns steckende Kraft für ein neues Beschäftigungs- und Wirtschaftswunder entfesseln. Durch die Entlastung von Bürokratie und Kosten und durch besonders beschäftigungsfördernde Rahmenbedingungen in der aktuellen Krise: Deshalb fordern wir Freie Demokraten Vorfahrt für Neueinstellungen mit einem Jump Start für Arbeitsplätze. Für uns heißt das: Der Staat übernimmt befristet für die nächsten sechs Monate bei allen Neueinstellungen von Auszubildenden und Beschäftigten die Sozialversicherungskosten.

Der **Abbau von Bürokratie und Überregulierung** kommt weiterhin zu schleppend voran, neue Gesetze und Verordnungen rauben den Bürgern und Unternehmen Zeit, Energie und Geld. Neben dem Fachkräftemangel und den höchsten Steuersätzen in Europa stellt die Bürokratie eine der größten Hürden für die deutschen Unternehmen dar. Daran hat auch die im Jahr 2015 eingeführte Bürokratiebremse „One in, one out“ nichts geändert. Der einmalige Erfüllungsaufwand für die Unternehmen betrug in den letzten drei Jahren 3,4 Mrd. Euro. Das ist Geld, das die Unternehmen sonst an anderer Stelle investieren könnten. Bürokratie muss endlich effektiv abgebaut werden. Dazu muss die Bürokratiebremse weiterentwickelt werden in "One in, two out" und auch bei der 1:1-Umsetzung von Europarecht angewendet werden.

Die Infrastruktur ist für eine brummende Wirtschaft das A und O. Nicht fehlende finanzielle Ressourcen, sondern vor allem Planungsverfahren im Schneckentempo zeugen von mangelnder Modernisierung. Genehmigungs- und Antragsverfahren von der Akte, über die Bürgerbeteiligung und die Gerichtsverfahren hin zur Vergabe sind zeitaufwendig und verzögern sich immer wieder. Die Corona-Krise hat außerdem gezeigt, dass die Verfahren endlich komplett digitalisiert werden müssen, um schnelle Investitionen in Innovationsbereichen wie Verkehrs-, Energie und Dateninfrastruktur zu ermöglichen.

Deutschland hängt bei der **Digitalisierung der Verwaltung** hinterher. Beim Digital Economy and Society Index der EU erreicht Deutschland im Bereich Digital Public Services nur Platz 21 von 28. Dabei ist eine digitale Verwaltung mit effizienten Strukturen Voraussetzung für eine gut arbeitende öffentliche Hand, die in Krisenzeiten Aufträge vergibt und öffentliche Investitionen und Projekte anschiebt. Laut eines Gutachtens des Normenkontrollrats würde die Digitalisierung der Top-30 Verwaltungsleistungen für Unternehmen zu einer jährlichen Entlastung von mindestens 1 Mrd. € führen, die Bürger könnten durch die Digitalisierung der Top-35 Verwaltungsleistungen sogar um 1,4 Mrd. € jährlich entlastet werden.

Die Digitalisierung der Verwaltung muss endlich oberste Priorität haben: Statt weitere Gremien einzurichten und die Umsetzungsstrukturen aufzubauen, muss nun endlich das Online-Zugangsgesetz (OZG) zügig, praxisnah und nutzerfreundlich umgesetzt und dabei auch die Wirtschaft an Bord geholt werden. Neben der digitalen Infrastruktur und einer standardisierten, modernen Registerlandschaft muss auch die digitale Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern durch Ausbau der elektronischen Funktion des Personalausweises mit zertifizierter, digitaler Unterschrift flächendeckend ermöglicht werden.

**Digitale Freiheitszonen** schaffen in Deutschland die Verwaltung nicht ab, sondern transferieren sie zusätzlich ins 21. Jahrhundert. Wir wollen Entwicklungsschritte überspringen und eingefahrene Pfade durch disruptive Lösungen verlassen, indem wir Verwaltungsprozesse nicht nur digitalisieren, sondern radikal modernisieren und umgestalten. Gründungen können in digitalen Freiheitszonen durch blockchainbasierte Finanzierungsformen erleichtert werden. Wir schaffen dadurch neue Finanzierungsmöglichkeiten für Gründer in Experimentierräumen. Dadurch entstehen digitale Eigentumsrechte ohne die Vielzahl von Vermittlungsinstitutionen. In digitalen Freiheitszonen sollen digitale Währungen neben dem Euro nutzbar sein.

**Schnelles Internet** muss für alle diese Veränderungen und Chancen oberste Priorität sein. Die lokalen 5G-Frequenzen für Unternehmen müssen schnellstmöglich in die Vergabe und die Gebühren dafür auch für mittelständische Unternehmen tragbar sein. Der EU-Binnenmarkt muss für Produkte und Fabriken der Industrie 4.0 vertieft werden. Forschung und Entwicklung muss vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen gefördert werden, um bei den digitalen Wertschöpfungsketten den Anschluss zu finden. Europäische Standards müssen für cyber-physische und autonom handelnde Systeme gelten, damit keine Gefährdung für Menschen entsteht.

**Gründungen von Unternehmen** sind die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und gelten als Treiber von Innovation. Neue Ideen, Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle modernisieren nicht nur die Wirtschaftsstruktur, sondern schaffen auch neue Arbeitsplätze. Umso erschreckender ist die Tatsache, dass die Zahl der Unternehmensgründungen in Deutschland seit Jahren kontinuierlich zurückgeht. Seit dem Jahr 2001 ist die Gründungsquote um 63 Prozent gesunken. Wir wollen Gründungen und

Betriebsübergaben in Deutschland aktiv fördern, damit Deutschland ein attraktiver Standort für Gründer bleibt. Unternehmensgründungen wollen wir erleichtern, etwa mit der Einführung eines bürokratiefreien Jahres. Mit einem Wagniskapital-Gesetz und einem Nationalen Zukunftsfonds wollen wir Start-ups in der Wachstumsphase die Beschaffung von Kapital zu erleichtern. Wir wollen mehr Spielraum für private Kapitalsammelstellen, die auch in Start-ups investieren können. Wir müssen eine Kultur der Selbständigkeit und auch der Zweiten Chance in die Gesellschaft tragen, die unter den Corona-Einflüssen zu leiden droht.

Nur **wettbewerbsfähige Unternehmen in einem fairen Außenhandel** können auf Dauer auf dem Weltmarkt bestehen. Großunternehmen unter staatlichen Schutz zu stellen und sich immer mehr an ihnen zu beteiligen, bringt bei unfairen Wettbewerbsbedingungen nichts. Industriepolitische Fehlschläge und staatliche Dauerinterventionen wie früher bei Salzgitter, Cargolifter oder Air Berlin dürfen sich nicht wiederholen. Auch die Abschottung gegen Direktinvestitionen aus Drittstaaten schadet dem Standort Deutschland. Die Industriestrategie der Bundesregierung ist ein gefährlicher Irrweg Richtung Planwirtschaft, den sie jetzt in der Corona-Krise zu wiederholen droht, statt sich ausreichend um unsere mittelständisch geprägten Betriebe zu kümmern. Was wir brauchen, ist eine strengere Subventionskontrolle in Europa, handelspolitische Maßnahmen und einen regelbasierten Freihandel als Antwort auf die Herausforderung durch China. Anstatt mit nationaler und europäischer Industriepolitik auf Großunternehmen und Marktkonzentration zu setzen, muss die Wirtschaftspolitik marktwirtschaftliche Anreize für Innovation und Wachstum setzen. Das Beispiel Wirecard hat gezeigt, dass die Finanzkontrolle neue Strategien und Mittel zur Durchsetzung braucht.

Der **internationale Steuerwettbewerb** ist real. Nicht nur in den Vereinigten Staaten wurden die Unternehmenssteuersätze gesenkt. Gleiches gilt für Großbritannien, Frankreich und viele weitere Länder. Darüber hinaus wurden die Abschreibungsbedingungen für Investitionen erheblich verbessert. Deutschland gehört nun zu den Ländern mit den höchsten Steuersätzen für Unternehmen. Es muss daher unser Ziel sein, die Gesamtsteuerbelastung für Unternehmen auf maximal 25 Prozent (wie in Frankreich) zu senken, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Den Körperschaftsteuersatz wollen wir von derzeit 15 auf höchstens 12,5 Prozent senken. Und wir wollen weiterhin die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags – möglichst rückwirkend zum 1.1.2020. Gleichzeitig fordern wir den Einstieg in die Abschmelzung des Mittelstandsbauchs, um damit eine spürbare Entlastung bei der Einkommensteuer, vor allem bei kleinen und mittleren Einkommen, zu erreichen.

Deutschland hat die höchsten **Haushalts- und Industriestrompreise** in Europa. Das ist nicht nur eine Belastung für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch ein Nachteil für Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Über die Hälfte der Strompreise sind dabei staatlich bestimmte

Kostenbestandteile, wie die EEG-Umlage oder Netzentgelte. Mit dem planwirtschaftlichen Kohleausstieg ist der nächste nationale Alleingang in der Energie- und Klimapolitik eingeleitet, der Steuerzahler und Stromkunden mit über 100 Milliarden Euro in den nächsten 20 Jahren zu belastet. Wir brauchen aber eine auf das Ziel der Emissionsminderung ausgerichtete Energie- und Klimapolitik. Ein marktwirtschaftlicher, europäischer Ansatz steht durch den Europäischen Emissionshandel bereits fest. Wir möchten den Emissionshandel stärken und auf weitere Sektoren ausweiten. Als Maßnahme gegen hohe Strompreise wollen wir die Stromsteuer ab 2021 auf das EU-Mindestmaß senken. Denn die Stromsteuer entfaltet keinerlei ökologische Lenkungswirkung mehr und dient nur als staatliche Einnahmequelle.

Die **Behebung des Fachkräftemangels** wird trotz der Krise bestehen bleiben: Um den Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft mittelfristig zu decken, benötigt Deutschland nach Studien der Bertelsmann-Stiftung in den kommenden Jahren mindestens 260.000 Einwanderer pro Jahr, davon alleine 150.000 aus Nicht-EU-Staaten. Die dringend benötigte Fachkräftezuwanderung aus Drittstaaten wird durch den **Minimalkonsens** zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz im Kern abgewürgt. Unser Modell ist ein modernes Einwanderungsrecht mit Zwei-Säulen-System mit Punktesystem nach dem Vorbild erfolgreicher Einwanderungsländer wie etwa Kanada, d. h. Weiterentwicklung der Blue Card, echter Spurwechsel mit klaren Kriterien, einfache und frühe Anerkennungsverfahren für Qualifikationen, Wegfall der Gleichwertigkeitsprüfungen in nicht regulierten Berufen bei Vorlage eines Arbeitsvertrages mit Bürgern aus sog. Drittstaaten, Stärkung der Zuwanderung bei der Ausbildung sowie Erleichterung der Einwanderung von Selbständigen.

Wirtschaft und Gesellschaft werden derzeit vom digitalen Wandel in ein neues Zeitalter katapultiert, während starre Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes den digitalen Wandel der Arbeitswelt trotz Home Office und Videokonferenzen in Pandemie-Zeiten weiter gefährden. Unser Ziel ist ein neues Arbeitszeitgesetz, das durch die Einführung einer Wochenarbeitszeit die Spielräume ausnutzt, welche die EU-Arbeitszeitrichtlinie den Mitgliedstaaten einräumt. Es soll niemand mehr arbeiten müssen oder weniger Pausen machen dürfen als zuvor, aber alle sollen flexibler die Arbeitszeit einteilen können. Zudem wollen wir ein Recht auf Homeoffice: Nicht der Wunsch nach Homeoffice soll begründungsnotwendig sein, sondern die Ablehnung desselben. Homeoffice geht nicht immer und überall. Aber wo es geht und gewünscht ist, sollte es möglich sein.

In jeder Krise liegt auch eine Chance. Nutzen wir jetzt die **Zeit für umfassende Reformen**, mit denen wir unsere **Soziale Marktwirtschaft zukunftsfest machen**.

The background of the page is decorated with numerous yellow triangles of various sizes and orientations, scattered across the white space. The triangles are most densely packed in the lower-left and lower-right areas, with some appearing near the top right.

Ansprechpartner:  
Michael Theurer MdB, stellv. FDP-Fraktionsvorsitzender  
Telefon: 030 227 - 79413 – E-Mail: [michael.theurer@bundestag.de](mailto:michael.theurer@bundestag.de)